

Kritische Bürger – Gefahr oder Ressource für die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems?

Brigitte Geißel



Brigitte Geißel

Zusammenfassung

Ist politische Kritik(-bereitschaft) eine politische Gefahr oder eine Ressource? Und behindern oder fördern umfangreiche partizipative Mitsprachmöglichkeiten (kritischer) Bürger effektives Regieren? Die empirische Analyse europäischer Staaten, basierend auf repräsentativen Umfragen und auf Datensätzen der Weltbank, zeigt, dass eher die Länder mit kritikbereiter Bevölkerung und mit umfassenden Mitbestimmungsoptionen effektiv regiert werden.

Politische Unterstützung galt und gilt vielfach als eine notwendige Ressource politischer Systeme (z.B. Easton 1965). Nur ausreichender *support* sichere die Effektivität und Legitimität eines Regimes. Ein über Wahlperioden hinweg andauernder Verlust an politischer Unterstützung würde demokratische Institutionen schwächen, den Glauben an Demokratie untergraben und schließlich unweigerlich in eine ernsthafte Krise oder sogar in einen Zusammenbruch führen. Allerdings wachsen in vielen Demokratien seit Jahren politische Unzufriedenheit, Kritik und Kritikbereitschaft. Beispielsweise sank die Überzeugung, dass Politiker sich um die Interessen der Bürger kümmern, in Deutschland, Frankreich und Österreich seit den 1970er Jahren kontinuierlich und liegt heute unter 50%, zeitweise war sie sogar auf unter 30% gesunken (Dalton 2004, S. 28). Der Terminus „Politikerverdrossenheit“ gehört zur Standard-Terminologie und das „Meckern“ über „die Politik“ und „die Politiker“ zu jeder Stammtischrunde.

Nun kann man die zunehmende politische Kritik und Kritikbereitschaft aus zwei Perspektiven betrachten, als Gefahr für die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems oder als Ressource zur Leistungssteigerung. In diesem Beitrag wird versucht, beide Sichtweisen näher zu beleuchten und empirisch zu testen. Dabei wird ebenso zu fragen sein, ob umfangreiche partizipative Mitsprachmöglichkeiten der Bevölkerung, z.B. in Form von Direktdemokratie, effektives Regieren behindern. Existiert der häufig vermutete Widerspruch zwischen Beteiligungsoptionen und Effektivität? Oder ist zu erwarten, dass Mitsprachmöglichkeiten (kritikbereiter) Bürger zu politischer Effektivität führen? Zunächst werde ich theoretische Argumente zu den Sichtweisen von kritischen Bürgern

als Gefahr oder Ressource für die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems vorstellen. Anschließend überprüfe ich anhand eines empirischen Vergleichs europäischer Staaten, ob und wie die Verteilung kritischer Bürger in einem Staat mit dessen Leistungsfähigkeit zusammenhängt und welche Bedeutung den Mitspracheoptionen zukommt.

1. Eine theoretische Annäherung

1.1 Kritische Bürger als Gefahr für die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems

Aus der Perspektive repräsentativer und eliteorientierter Theorie lassen sich kritische Bürger eher als gefährliche Phänomene interpretieren. Politische Kritik würde sich nachteilig auf die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems auswirken. So wurde seit Jahrzehnten argumentiert, dass das Volk politisch nicht ausreichend informiert, sein Wille zu „roh“ sei und seine Interessen, somit auch politische Kritik, „gefiltert“ und „veredelt“ werden müssten durch politische Eliten (Fraenkel 1974). Ein Volk, das „im Einklang mit seinem wahren Interesse regiert werden soll“, benötige einen Mittler, „der ihm den Zugang zur Erkenntnis des Gemeinwohls ermöglicht“ (ebd., S. 119). Den politischen Repräsentanten komme somit die „Rolle des Erzeugers eines ... variablen Gemeinwohls zu“ (ebd., S. 120), nicht jedoch den (kritischen) Bürgern, die nicht in der Lage sind, das Gemeinwohl zu erkennen. Denn „nur ein Parlament, das nicht Volksvertretung, sondern Volksrepräsentation zu sein beansprucht, ist nach oben und unten souverän“ (ebd., S. 140) und habe das Recht, „auch gegen das Volk Recht zu haben“ (ebd., S. 147). Ein Staatsmann dürfe sich in seinen Handlungen deshalb nicht von „unverantwortlichen und uninformaten Regungen“ (kritischer) Bürger leiten lassen (ebd.). In ähnlicher Weise argumentierte Sartori (1992, S. 181), dass eine politische Führung, die den Forderungen der Bevölkerung nachgebe, „ihrer Verantwortung nicht gerecht“ werde. Bis heute werden mit anderer Begrifflichkeit ähnliche Argumente vertreten: Die Bevölkerung sei zu wenig informiert und zu selbstbezogen, könne große politische Zusammenhänge nicht überblicken und sei somit nicht zu sinnvollen politischen Entscheidungen in der Lage. Auch in einer Demokratie müssten deshalb die Geschicke des politischen Systems am besten von einer Elite geleitet werden, die qua ihres Amtes und ihrer Erfahrungen sachkundiger in ihren je spezifischen Politikfeldern sei als die Bürger, längerfristige Wirkungsbeziehungen besser überblicke und über die notwendige Weitsicht verfüge (z.B. Dye/Zeigler 1970).

Aus dieser Perspektive sind kritische Bürger eine Gefahr für die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems. Sie überlasten das politische System mit ihren Ansprüchen und schränken somit dessen Leistungsfähigkeit ein. Sie stellen mehr oder weniger unsinnige Anforderungen an die politischen Repräsentanten und hindern diese an der effektiven Ausübung ihrer Arbeit. Und nur unabhängiges Elitehandeln führe zu gutem Regieren und damit zu guter Performanz. Ergo: Je weniger Kritik und Kritikbereitschaft, desto besser, denn dann können die

nur unabhängiges
Elitehandeln führe
zu gutem Regieren
und damit zu guter
Performanz

Eliten ungehindert regieren und die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems optimal ausbauen.

1.2 Kritische Bürger als Ressource für die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems

Andere Wissenschaftler betrachten politische Kritik und Kritikbereitschaft nicht als Problem, sondern als Lösung. Kritische Bürger seien eine Ressource zur Leistungssteigerung politischer Systeme. Die Perspektive, politische Kritik zu „nutzen“, ist zwar erst seit den 1990er Jahren en vogue, aber einige Forscher wiesen schon seit den 1960er Jahren darauf hin, dass Unterstützung allein nicht ausreicht. Bereits Almond und Verba (1963) hatten Orientierungen, die als politische Kritik interpretiert werden können, eine besondere Bedeutung zugesprochen – aber ohne die Begriffe „Kritik“ oder „kritisch“ zu verwenden. In ihren Augen ist beispielsweise naive Autoritätshörigkeit keine Tugend einer demokratischen *civic culture* (z.B. Almond/Verba 1963, S. 341ff.). Easton (1965) zeigte, dass „without some inflow of demands there would be no raw material for the system to process“ (ebd., S. 48). „Inflow“ definierte er dabei explizit zweidimensional als „demand and support“ (ebd., S. 27). Auch wenn „demand“ nicht mit Kritik gleichgesetzt werden kann, so verweist diese Aussage doch darauf, dass ein politisches System für seinen Erhalt und vor allem seine Weiterentwicklung mehr benötigt als nur Unterstützung. Sniderman (1981) untersuchte schließlich Anfang der 1980er Jahre, ob zu große politische Loyalität nicht ein ebenso gravierendes Problem darstellen könnte wie politische Entfremdung. Sein Ergebnis lautete, dass „allegiance may pose at least as serious a threat to democratic politics as alienation“ (Sniderman 1981, S. 13). Wenn etwa politische Eliten Fehler machten, sei es die Pflicht der Bürger, kritisch zu sein. Personen, deren Unterstützung durch politische Skandale und Fehlverhalten von Politikern nicht erschüttert würden, entsprächen nicht dem Ideal eines guten Bürgers. Vielmehr seien Bürger, die balanciert Vorzüge und Fehler der Regierung erkennen könnten, zu begrüßen; politische Skepsis sei ein heilsamer Teil politischer Praxis – vor allem in Demokratien. So nahmen Sniderman (1981) und einige andere Wissenschaftler aus den 1960er, 1970er und 1980er Jahren Argumente vorweg, die erst Jahre nach deren Publikationen intensiv diskutiert und empirisch erforscht wurden.

Seit einiger Zeit veränderte sich das vorherrschende Paradigma von Kritik als Gefahr. Kritik interpretieren aktuelle Autoren weniger als Krisenindikator und Bedrohung, sondern als Stimulus für politische Reformen und als kreatives Potenzial zur Leistungssteigerung politischer System (z.B. Westle 1997). Kritische Bürger hätten nicht nur zur Weiterentwicklung politischer Systeme beigetragen, indem sie die Umsetzung von Idealen wie Gerechtigkeit und Mitbestimmung einforderten. Sie sind darüber hinaus zentral für die Verbesserung politischer Leistungsfähigkeit, denn sie bringen ausreichend politischen „Input“. Beim politischen ‚Agenda-Setting‘ können mit Hilfe kritischer Bürger Probleme frühzeitig erkannt und möglicherweise sogar vermieden werden. Und bei der Politikformulierung führt die Einbeziehung kritischer Bürger mit ihrem spezifi-

Kritik als Stimulus
für politische
Reformen

schen Wissen zu praxisorientierten und effektiven Problemlösungen. Aus dieser Perspektive ist eine hohe Anzahl an kritischen Bürgern kein Grund zur Besorgnis, sondern im Gegenteil ein Garant für politische Leistungsfähigkeit (ähnlich: Reinhardt 2006).

2. Eine empirische Annäherung

Die Diskussion um politische Kritik und Kritikbereitschaft als Gefahr oder Ressource für politische Leistungsfähigkeit wird im Folgenden empirisch beleuchtet. Dabei beschränke ich mich im Rahmen dieses Aufsatzes auf die Kritikbereitschaft und untersuche zunächst, ob der Umfang der politischen Kritikbereitschaft in einem politischen System und dessen Leistungsfähigkeit zusammenhängen. Weisen also Staaten mit besonders kritikbereiten Bürgern eine besonders gute oder schlechte Performanz auf? Im zweiten Teil der empirischen Bewertung werde ich prüfen, ob der Umfang demokratischer Mitspracherechte positiv oder negativ mit der Leistungsfähigkeit eines politischen Systems korreliert. Falls umfangreiche Mitspracherechte einen negativen Effekt haben, würde dies die Annahme bestätigen, dass (kritische) Bürger am besten aus dem politischen Geschäft herausgehalten werden sollten. Dann würde die eliteorientierte Vermutung bestätigt, die vor allem das ungehinderte Wirken der politischen Eliten als Garantie für die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems erachtet.

2.1 Korrelationen zwischen kritischen Bürgern und der Leistungsfähigkeit eines politischen Systems

In welchem Zusammenhang stehen politische Kritikbereitschaft und die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems? Diese Frage wird anhand europäischer Systeme untersucht, da diese demokratisch und relativ gut vergleichbar sind. Eine Analyse auch nicht-demokratischer Systeme oder defekter Demokratien oder Demokratien anderer Kulturkreise würde zu Verzerrungen führen. Deshalb werden sie hier nicht berücksichtigt.

Kritikbereitschaft messe ich anhand von Daten des International Social Survey Programme (ISSP) 2004, Modul „Citizenship“. Die entsprechende Frage lautete: „Es gibt verschiedene Ansichten darüber, was einen guten Bürger ausmacht. Sagen Sie uns bitte Ihre Meinung an Hand einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 überhaupt nicht wichtig und 7 sehr wichtig bedeutet, wie wichtig es ist: Dass jemand aufmerksam verfolgt, was die Regierung macht.“ Zur Bewertung der Leistungsfähigkeit eines politischen Systems dienen zwei Indices der Weltbank. Diese basieren auf 40 unterschiedlichen Ressourcen, beispielsweise auf statistischen Daten oder Einschätzungen von Experten. Die Werte schwanken zwischen +2.5 für die beste Benotung bis zu -2.5 für die schlechteste (zur Indexbildung und zu den Datenquellen vgl. Kaufmann et al. 2005). Der Index „Government Effectiveness“ erfasst die Effektivität des politischen Regierens. Diese wird anhand der Fähigkeit der Regierungen gemessen, Policies zu formu-

Government
Effectiveness

lieren und zu implementieren. Einbezogen in die Indexbildung werden beispielsweise die Qualität des öffentlichen Dienstes oder die Bereitstellung öffentlicher Güter. Der Voice-and-Accountability-Index der Weltbank misst die demokratische Qualität politischer Prozesse, bürgerliche Freiheiten und politische Rechte, so beispielsweise die Möglichkeiten der Bürger, auf die Regierung Einfluss zu nehmen oder die Medienfreiheit. Wie sieht die Verteilung nun in den hier untersuchten europäischen Ländern aus? Tabelle 1 gibt einen Überblick, wobei ich für die weitere Analyse noch das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf angefügt habe (s. unten).

Voice-and-Accountability-Index der Weltbank

Tabelle 1: Politische Wachsamkeit, Government Effectiveness-Index, Voice-and-Accountability-Index sowie kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (GNI_PPP)

	Pol. Wachs./ Landesdurch. (1=unwichtig, 7=wichtig)	Government Effectiveness (-2,5=schlecht. +2,5 gut)	Voice and Accountability (-2,5=schlecht. +2,5 gut)	GNI_PPP (international dollars) (2006)
Bulgarien	4.28	.23	.59	8,630
Dänemark	5.45	2.12	1.51	33,570
Deutschland-Ost	5.03	1.51	1.31	20,000
Deutschland-West	5.35	1.51	1.31	29,000
Finnland	4.59	2.07	1.49	31,170
Frankreich	5.25	1.46	1.28	30,540
Großbritannien	5.22	1.70	1.30	32,690
Litauen	4.56	.68	.89	14,220
Niederlande	5.69	1.95	1.45	32,480
Norwegen	5.55	1.99	1.45	40,420
Österreich	5.37	1.60	1.24	33,140
Polen	5.60	.58	1.04	13,490
Portugal	5.87	1.03	1.32	19,730
Schweden	5.94	1.93	1.41	31,420
Slowakische Republik	4.69	.95	1.04	15,760
Slowenien	4.92	.99	1.08	22,160
Spanien	5.23	1.40	1.12	25,820
Tschech. Republik	4.12	.94	1.01	20,140
Ungarn	4.69	.79	1.10	16,940

Sources: ISSP 2004, Weltbank Indices,

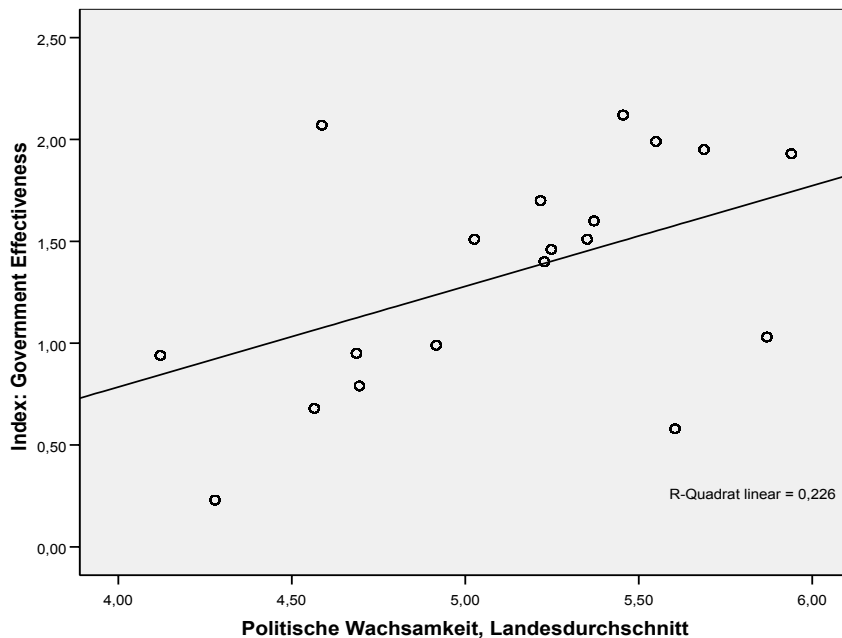
GNI_PPP: s. <<http://siteresources.worldbank.org/DATASTATISTICS/Resources/GNIPC.pdf>> Nov. 2006; für Ost- und Westdeutschland: Statistische Ämter der Länder: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder. Vorabversion zu Band 1, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2006, Stuttgart, 2007

Die Indikatoren und Indices, mit denen in dieser Studie gearbeitet wird, können dabei nur Annäherungswerte bieten. Generell ist es schwierig, Konstrukte wie „Kritikbereitschaft“, „Effektivität“ oder „politische Mitsprachemöglichkeiten“ umfassend, belastbar und valide empirisch zu erfassen. Jeder Versuch kann und muss als Annäherung betrachtet werden, der eine gewisse Plausibilität zugesprochen wird, solange keine überzeugenderen Indikatoren entwickelt wurden.

Wie sieht nun der Zusammenhang zwischen Kritikbereitschaft und dem effektiven Regieren im Staatenvergleich aus? Die Analyse und so auch die fol-

gende Graphik (Abbildung 1) demonstrieren, dass eine kritikbereite Bürgerschaft positiv mit einem gut funktionierenden Staatswesen korreliert. Daraus lässt sich nicht per se ableiten, dass Kritikbereitschaft effektives Regieren befördert, denn mit fast ebenso großer Plausibilität ließe sich argumentieren, dass die effektive Leistungsfähigkeit eines politischen Systems die Kritikbereitschaft steigert. Doch obwohl die Kausalbeziehung nicht eindeutig festgestellt werden kann, zeigt der Trend, dass Staaten, in welchen die Bürger kritikbereit sind, im Allgemeinen – mit wenigen Ausnahmen – besonders effektiv regiert werden.

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen effektivem Regieren (Index: Government Effectiveness) und kritischer Bevölkerung



Quelle: International Social Survey Programme (ISSP) 2004, Modul „Citizenship“; Weltbank Government Effectiveness Index; europäische Länder: Bulgarien, Dänemark, Deutschland (Ost und West), Finnland, Frankreich, Großbritannien, Litauen, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn.

Die Beziehung zwischen Kritikbereitschaft und dem Voice-and-Accountability-Index ist ebenfalls signifikant positiv (ohne Abbildung). Sie verweist darauf, dass Gesellschaften mit besonders kritikbereiter Bevölkerung ihre Entscheidungsprozesse besonders stark demokratisiert haben. Allerdings ist es auch bei diesem Zusammenhang kaum möglich, eine Kausalrichtung zu begründen. So wäre es ebenso plausibel, dass Gesellschaften mit ausgeprägten Mitbestimmungsmöglichkeiten Kritikbereitschaft befördern. Aufgrund mangelnder Daten lässt sich die Richtung der Kausalität nicht ermitteln. So kann lediglich festgehalten werden: Politische Kritikbereitschaft und das Ausmaß an politischen Mit-

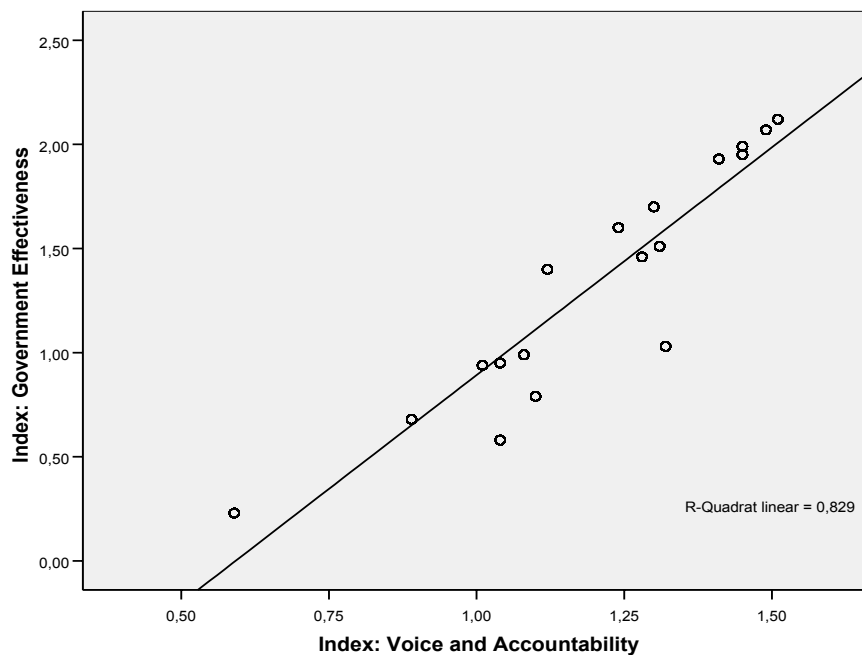
bestimmungsmöglichkeiten korrelieren positiv: Je größer das Ausmaß an Kritikbereitschaft, desto ausgeprägter sind im Allgemeinen die Möglichkeiten demokratischer Beteiligung – und umgekehrt.

2.2 Effekte politischer Mitspracherechte auf politische Effektivität

Welche Resultate wurden durch politische Mitspracherechte erzielt, mit welchen kritische Bürger mehr oder weniger intensiv in das politische Geschehen eingreifen können? Bestätigt sich die Annahme eliteorientierter Theoretiker, denen zufolge möglichst geringe Mitsprachemöglichkeiten mit effektiver Leistung eines politischen Systems einhergehen? Oder haben jene Autoren Recht, die eher eine Leistungssteigerung durch umfassende Mitbestimmung der (kritischen) Bürger erwarten?

Die empirische Analyse zeigt: Ein umfassender Zugang der Bürger zum politischen Prozess (Voice and Accountability Index) korreliert positiv mit der effektiven Staatsführung (Abbildung 2). Es sind also eher jene Gesellschaften mit umfassenden Mitspracherechten, die effektiv regiert werden.

Abbildung 2: Zusammenhang zwischen effektivem Regieren und demokratischem Zugang zum politischen Prozess



Quelle: Weltbank Government Effectiveness und Voice and Accountability Index, Europäische Länder: s. Abb. 1.

Einflussfaktor –
ökonomische
Entwicklung

Nun wäre es möglich, dass der Zusammenhang zwischen effektivem Regieren und Zugang zum politischen System verschwindet, sofern die Kontrollvariable „ökonomische Entwicklung“, gemessen anhand des kaufkraftbereinigten („purchasing power parities“, PPP) Bruttoinlandsprodukts pro Kopf („gross national income“, GNI), ins Spiel kommt. Dies würde bedeuten, dass reiche Länder effektiv regiert werden und der Bevölkerung gute Zugangsmöglichkeiten zum politischen System erlauben. Der Zusammenhang zwischen effektivem Regieren und politischen Zugangsmöglichkeiten ließe sich dann mit der ökonomischen Entwicklung eines Landes erklären. Um dies zu überprüfen wurde die ökonomische Situation eines Landes in eine so genannte multivariate Analyse einbezogen. Werden alle drei Variablen miteinander in Beziehung gesetzt, so zeigt sich, dass der positive Zusammenhang zwischen umfassenden Mitbestimmungsmöglichkeiten und der effektiven Leistungsfähigkeit eines demokratischen Systems durch dessen ökonomische Entwicklung nicht „wegerklärt“ wird, sondern erstaunlich stark bleibt (vgl. Geißel 2008).

Auch ein Vergleich der Schweizer Kantone verweist darauf, dass Mitspracherechte politische Effizienz eher verbessern. Kantone, die ihrer Bevölkerung besonders gute Mitspracherechte ermöglichen, weisen eine bessere Performanz auf als jene mit geringeren direkt-demokratischen Optionen. In ersteren, so die Untersuchungsergebnisse, ist die Pro-Kopf-Verschuldung niedriger, Leistungen werden effizienter zur Verfügung gestellt, und die Erfüllung wohlfahrtsstaatlicher Aufgaben ist ebenfalls überdurchschnittlich (Vatter 2006).

Mitbestimmung und
„demokratische
Qualität“

Werden die Wirkungen einzelner Mitbestimmungsoptionen auf die „demokratische Qualität“ der Bevölkerung untersucht, so verweisen die Ergebnisse ebenfalls auf einen eher positiven Zusammenhang (z.B. Tolbert et al. 2003; Smith 2002; Mendelsohn/Cutler 2000, S. 698). Sekundäranalysen mehrerer Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung in Staaten mit starken direktdemokratischen Anteilen die Legitimität und Responsivität ihres politischen Systems häufig positiver bewertet und in der Regel eher mit dem Parlament sowie dem Rechtssystem vertraut ist als in Staaten, die diese Option nicht oder nur sehr restriktiv gewähren (European Social Survey 2004; Lindner 1999, S. 64; Möckli 1994). Ebenso scheinen Bürger aus den Staaten, in welchen nationale Referenden zur EU durchgeführt wurden, besser über die EU informiert zu sein als Bürger aus Staaten ohne EU-bezogene Referenden (Benz/Stutzer 2002). Eine Studie aus den USA zeigte weitere positive Auswirkungen: Politisches Interesse ist etwas größer in US-amerikanischen Staaten mit stärker ausgeprägter Direktdemokratie als in Staaten, die diese Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht oder in geringerem Umfang bieten (Gilens et al. 2001).

Mitbestimmung und
Lebenszufriedenheit

Erstaunlicherweise korreliert nicht nur die politische, sondern auch die allgemeine *Lebenszufriedenheit* signifikant mit den Möglichkeiten der direkten demokratischen Partizipation – auch in multivariaten Analysen unter Konstanthaltung demographischer und ökonomischer Faktoren. So lautet das Ergebnis eines internationalen Vergleichs sowie eines Vergleichs der 26 Schweizer Kantone, in welchen die direktdemokratischen Möglichkeiten variieren. Gemessen wurden die Mitbestimmungsmöglichkeiten anhand der „possibility to engage in the democratic process or, conversely, the restrictions on political participation“ (Frey/Stutzer 2002, S. 423). Das Ergebnis ist erstaunlich eindeutig: Mit

dem Umfang der politischen Mitsprachemöglichkeiten wächst auch die Lebenszufriedenheit. Beispielsweise ist die Wahrscheinlichkeit für einen Bürger, hochzufrieden zu sein, im Kanton mit dem höchsten Wert beim Demokratie-Index (Basel Land) um 11 Prozentpunkte höher als im Kanton mit den geringsten Beteiligungsmöglichkeiten (Genf). Die Kantone mit restriktiven Mitsprachemöglichkeiten beherbergen überdurchschnittlich viele unzufriedene Bürger. Der „glücklich machende“ Effekt ist dabei nicht nur in einer spezifischen, sondern in allen Bevölkerungsgruppen zu finden (Frey/Stutzer 2000, S. 932). Wenn also ein Staat seinen Bürgern umfassende Mitbestimmungsmöglichkeiten bietet, so scheint sich dies positiv auf die Glücksgefühle der Bevölkerung auszuwirken.

3. Fazit

Die Ausgangsfragen dieses Artikels lauteten: Sind kritische Bürger eine Gefahr oder eine Ressource für die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems? Und behindern oder fördern umfangreiche partizipative Mitsprachemöglichkeiten (kritischer) Bürger effektives Regieren? Es lassen sich sowohl überzeugende Argumente für die Hypothese anführen, dass kritische Bürger die politische Leistungsfähigkeit negativ beeinflussen, als auch für die Hypothese, dass sie positive Effekte haben. So kann argumentiert werden, dass kritische Bürger politisch unwissende Störenfriede und möglichst aus dem politischen Geschäft herauszuhalten sind, damit kundige und erfahrene Politiker in Ruhe effektiv regieren können. Oder kritische Bürger gelten als notwendige Wissens- und Kontrollressource, deren Kritik die Leistung eines politischen Systems befördert. So wird Leistungsverbesserung entsprechend der ersten Annahme erreicht, indem den Politikern ausreichend Freiraum für ihre Entscheidungen gewährt – ohne Störung durch kritische Bürger –, oder, so die zweite Mutmaßung, indem den kritischen Bürgern ausreichende Kontrolle und Mitbestimmung an die Hand gegeben wird.

Empirisch neigt sich die Waage zu der Seite, die politische Kritik als Chance und Ressource betrachtet. Die empirische Analyse zeichnet ein relativ klares Bild. Gemessen anhand der Verbreitung der durchschnittlichen Kritikbereitschaft in einem Land und dessen Grad an effektivem Regieren ist die Beziehung signifikant positiv: Es sind eher die Länder mit kritikbereiter Bevölkerung, die effektiv regiert werden und besonders leistungsstark sind. Auch umfassende Mitbestimmungsoptionen gehen einher mit effektivem Regieren. In Ländern mit umfangreichen direktdemokratischen Elementen bewertet weiterhin die Bevölkerung das politische System deutlich besser. Erstaunlicherweise sind die Menschen dort auch zufriedener mit ihrem Leben als in Ländern ohne diese Möglichkeiten.

Literatur

- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Newbury Park, CA: Sage Publications.
- Benz, Matthias/Stutzer, Alois (2002): *Are Voters Better Informed When They Have a Larger Say in Politics?* Zürich: Institute for Empirical Research in Economics, S. 1-26.
- Dalton, Russell J. (2004): *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. Oxford University Press.
- Dye, Thomas/Zeigler, Harmon (1970): *The Irony of Democracy*. Belmont, Calif.: Duxbury.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York et al.: Wiley.
- European Social Survey (2004): siehe: <http://ess.nsd.uib.no/>
- Fraenkel, Ernst (1974): *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag.
- Frey, Bruno S./Stutzer, Alois (2000): „Happiness, Economy and Institutions“. In: *The Economic Journal*, Jg. 110, S. 918-938.
- Geißel, Brigitte (2007). *Politische Kritik – Gefahr oder Ressource für Demokratien? Eine empirische Analyse*. Unveröffentlichte Habilitationsschrift. Universität Marburg.
- Geißel, Brigitte (2008). *Do Critical Citizens Foster Better Governance? A Comparative Study*. In: *West European Politics*, Vol. 31, No. 5, p. 855-873.
- Gilens, Martin/Glaser, James/Mendelberg, Tali (2001): *Having A Say: Political Efficacy in the Context of Direct Democracy*. Vortrag: American Political Science Association Meeting, San Francisco, CA.
- Kaufmann, Daniel, Kraay, Aart/Mastruzzi, Massimo (2005). *Governance Matters IV: Governance Indicators for 1996-2004: The World Bank*.
- Lindner, Wolf (1999): *Schweizerische Demokratie*. Bern et al.: Haupt Verlag.
- Mendelsohn, Matthew/Fred Cutler (2000): *The Effect of Referenda on Democratic Citizens*. In: *British Journal of Political Science* 30: 685-698.
- Möckli, Silvano (1994): *Direkte Demokratie*. Bern et al.: Haupt Verlag.
- Reinhardt, Sibylle (2006): *Die Demokratie-Kompetenz der Konfliktfähigkeit – lässt sie sich messen?*, in: Rüdiger, Axel/Seng, Eva-Maria (Hg.): *Dimensionen der Politik*, Berlin: Duncker&Humblot, S. 501-520.
- Sartori, Giovanni (1992): *Demokratietheorie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Smith, Mark A. (2002): *Ballot Initiatives and the Democratic Citizen*. In: *The Journal of Politics* 64: 892-903.
- Sniderman, Paul M. (1981): *A Question of Loyalty*. Berkeley: University of California Press.
- Tolbert, Caroline J., McNeal, Ramona S./Smith, Daniel A. (2003): *Enhancing Civic Engagement*. In: *State Politics and Policy Quarterly*. 3(1), S. 23-41.
- Vatter, Adrian (2006): *Direkte Demokratie in der Schweiz: Entwicklungen, Debatten und Wirkungen*. Vortrag bei der Tagung *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*, Heidelberg. 5.-6. Mai.
- Westle, Bettina (1997): „Politische Folge- und Kritikbereitschaft der Deutschen“. In: *ZUMA-Nachrichten*, Jg. 21, H. 41, S. 100-126.